

E M P F E H L U N G

DER KULTUSMINISTERKONFERENZ ZUR FÖRDERUNG DER MENSCHENRECHTSERZIEHUNG IN DER SCHULE

- Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 04.12.1980 i.d.F. vom 14.12.2000)

Herausgeber: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

Editor: Secretariat of the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the Länder in the Federal Republic of Germany

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

Edité par le Secrétariat de la Conférence permanente des Ministres de l'Éducation et des Affaires culturelles des Länder en République fédérale d'Allemagne

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

1. Die Ausgangslage

Die Menschenrechte gehören zu den unabdingbaren Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind nicht zu verwirklichen, wenn die aus der Würde des Menschen herzuleitenden Grundrechte nicht sichergestellt sind. Ebenso ist eine auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit beruhende Weltordnung, die allein das friedliche Zusammenleben der Völker dauerhaft sichern kann, ohne die Respektierung dieser Rechte nicht möglich.

Seit Ende des 18. Jahrhunderts haben die Menschenrechte zunehmend Eingang in die Verfassungen vieler Staaten gefunden. Über diesen nationalen Rahmen hinaus ist ihnen nach dem 2. Weltkrieg durch Vereinbarungen im internationalen Bereich weitere Geltung zugewachsen. So hat sich die Mehrzahl der Staaten erstmals in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen öffentlich zur Geltung der Menschenrechte bekannt und zugleich darüber verständigt, welche Rechte zu gewährleisten sind. Mit den von den Vereinten Nationen aufgelegten internationalen Pakten über wirtschaftliche, soziale und kulturelle sowie über bürgerliche und politische Rechte sind zudem Vertragswerke in Kraft, die die Unterzeichnerstaaten völkerrechtlich binden.

Auch im regionalen Rahmen gibt es Bestrebungen und vertragliche Regelungen, mit denen die Menschenrechte größere Geltung erlangen. Neben der Amerikanischen Menschenrechtskonvention gewährt insbesondere die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten den Bürgerinnen und Bürgern der Vertragsstaaten ein hohes Maß an Rechtsschutz. Darüber hinaus haben sich auch die Teilnehmer der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Schlussakte zur Geltung und Achtung der Menschenrechte bekannt.

Auch zu Beginn des neuen Jahrtausends bleibt die Situation der Menschenrechte zwiespältig. Zwar werden sie weltweit verbal anerkannt, im Widerspruch dazu steht aber die Wirklichkeit, die vielfach von der Missachtung und Verletzung dieser grundlegenden Rechte gekennzeichnet ist. Die Verletzung dieser Rechte - nicht nur durch staatliche Willkür - ist in vielen Ländern der Erde eine alltägliche Erfahrung: Das Verweigern des Rechts auf politische Selbstbestimmung,

die Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender und die Diskriminierung von Minderheiten gehören dazu ebenso wie die tägliche Bedrängnis durch Mangel und Not in vielen Ländern.

Die internationalen Konventionen haben eine Entwicklung eingeleitet, die die Menschenrechte nicht mehr als ausschließlich innere Angelegenheit der Staaten gelten lässt. Ihre Verwirklichung ist als Aufgabe der gesamten Staatengemeinschaft anerkannt.

Denjenigen Staaten, die in ihren politischen Traditionen der Idee der Menschenrechte verbunden sind und den Einzelnen als Mitte des Gemeinwesens anerkennen, kommt dabei eine besondere Verpflichtung zu. Dazu gehört auch Deutschland, das sich im Grundgesetz zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt bekennt.

Die Menschenrechte werden nicht nur durch staatliches Handeln verwirklicht, sondern maßgeblich durch die Haltung und das Engagement jedes Einzelnen. Hierzu muss die Schule durch eine entsprechende Persönlichkeitsbildung einen maßgeblichen Beitrag leisten. Menschenrechtserziehung gehört zum Kernbereich des Bildungs- und Erziehungsauftrages von Schule und ist in allen Landesverfassungen und Schulgesetzen als oberstes Bildungsziel festgelegt. Sie erfasst alle Felder schulischen Handelns.

2. Ziele und Inhalte des Unterrichts

Eine Behandlung der Menschenrechtsthematik im Unterricht soll insbesondere Kenntnisse und Einsichten vermitteln über

- die historische Entwicklung der Menschenrechte und ihre gegenwärtige Bedeutung;
- die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte, sowohl für die Rechte des Einzelnen als auch für die objektiven Gestaltungsprinzipien des Gemeinwesens;
- das Verhältnis von persönlichen Freiheitsrechten und sozialen Grundrechten im Grundgesetz und in internationalen Konventionen;

- die unterschiedliche Auffassung und Gewährleistung der Menschenrechte in verschiedenen politischen Systemen und Kulturen;
- die grundlegende Bedeutung der Menschenrechte für das Entstehen des modernen Verfassungsstaates;
- die Notwendigkeit der Berücksichtigung eines individuellen Menschenrechtsschutzes im Völkerrecht;
- die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Sicherung des Friedens;
- das Ausmaß und die sozialen, ökonomischen und politischen Gründe der weltweit festzustellenden Menschenrechtsverletzungen.

Die Beschäftigung mit den Menschenrechten soll bei den Schülerinnen und Schülern die Bereitschaft wecken und stärken, für ihre Verwirklichung einzutreten und sich ihrer Missachtung und Verletzung zu widersetzen.

Eine Erziehung im Hinblick auf die Menschenrechte soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, sich in ihrem persönlichen und politischen Lebensumkreis für deren Realisierung einzusetzen. Sie sollen bereit sein, die Frage nach der Verwirklichung der Menschenrechte als wichtigen Maßstab zur Beurteilung der politischen Verhältnisse im eigenen wie in anderen Ländern zu nutzen. Eingeschlossen ist damit die Bereitschaft, für die Rechte anderer einzutreten.

3. Beitrag der Fächer

Menschenrechtserziehung ist Aufgabe für den gesamten Unterricht und Aufgabe aller Lehrerinnen und Lehrer.

Einen besonderen systematischen Beitrag sollen die Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes leisten, der seinen Niederschlag in den Lehrplänen dieser Fächer finden soll.

4. Schulbücher

Schulbücher müssen dem Inhalt dieser Empfehlung Rechnung tragen. Dasselbe gilt für sonstige Lehr- und Lernmittel.

5. Schulleben

Menschenrechtserziehung kann sich nicht auf die Vermittlung von Wissen beschränken. Sie muss die emotionale und handelnde Komponente einbeziehen. Schülerinnen und Schüler müssen die Achtung des Mitmenschen im täglichen Umgang in der Schule erleben und üben.

6. Lehreraus- und -fortbildung

Die Kultusministerinnen und Kultusminister sowie die Kultussenatorinnen und -senatoren der Länder wirken darauf hin, dass diese Vereinbarung auch im Rahmen der Lehreraus- und -fortbildung angemessen berücksichtigt wird.

R E C O M M E N D A T I O N

**OF THE STANDING CONFERENCE OF THE MINISTERS OF EDUCATION AND
CULTURAL AFFAIRS ON THE PROMOTION OF HUMAN RIGHTS IN SCHOOLS**

- Resolution of the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of 4 December 1980 in the version of 14 December 2000 -

Herausgeber: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

Editor: Secretariat of the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the Länder in the Federal Republic of Germany

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

Edité par le Secrétariat de la Conférence permanente des Ministres de l'Éducation et des Affaires culturelles des Länder en République fédérale d'Allemagne

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

1. Situation

Human rights are included among the preconditions absolutely necessary for a life of human dignity. Political freedom and social justice cannot be realised if the fundamental rights derivable from the dignity of man are not guaranteed. By the same token, having a world order based on freedom, equality and justice, certainly the only possible way of safeguarding a lasting peaceful co-existence of the peoples of the world, is also not possible without respect for these rights.

Since the end of the 18th century, human rights have been increasingly incorporated in the constitutions of many states. Their significance expanded beyond the national context after the Second World War as a result of international agreements. Thus, the majority of the countries of the world first publicly advocated the recognition of human rights through the Universal Declaration of Human Rights proclaimed by the United Nations, and at the same time agreed which rights are to be guaranteed. The international conventions established by the United Nations on economic, social, cultural, civil and political rights are contractual agreements in force and binding under international law for the signatory states.

In a regional context, efforts have been undertaken and agreements concluded, giving human rights greater importance. Both the American Human Rights Convention and the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms guarantee the citizens of the signatory states a high degree of protection of their rights. In addition to this, the participant states at the Conference on Security and Co-operation in Europe declared their recognition and respect of human rights in the Final Act.

At the beginning of the new millennium, too, the human rights situation remains contradictory. Though they are verbally recognised world-wide, this recognition is in conflict with a reality that is often characterised by the disregard and violation of these fundamental rights. The violation of these rights is an everyday experience in many countries, not only due to the arbitrary use of power by the state. Denial of the right to political self-determination, the persecution, and suppression of those whose views differ from the official norm, i. e. dissidents, and discrimination against minorities are just as much a part of this as the daily distress caused by shortages and famine in many countries.

The international conventions have initiated a process in which human rights are no longer con-

sidered exclusively an internal matter of the individual states. The realisation of these rights has been recognised as the task of the entire community of nations.

Those countries whose political traditions are favourable to the idea of human rights and who recognise the individual as the central value of society have a special obligation. Among them is the Federal Republic of Germany whose Constitution (Basic Law) declares that inviolable and inalienable human rights are the foundation of any human society, peace and justice in the world.

Human rights are not only realised by the actions of the state, but above all by the attitude and the commitment of the individual. School must make a substantial contribution to this by forming the character accordingly. Human rights education is a major task in the pedagogical mission of school and is defined in all Länder constitutions and school laws as one of the primary aims of education. It encompasses all areas of school activity.

2. Objectives and Contents of Education

Treatment of the human rights theme in the classroom should provide knowledge and insights in particular on

- the historical development of human rights and its present importance
- the significance of fundamental and human rights, both for the rights of the individual as well as for the objective formative principles of society;
- the relationship of personal freedoms and fundamental social rights in the Constitution and in international conventions;
- the variations in understanding and guaranteeing human rights in the various political systems and cultures;
- the fundamental significance of human rights for the origin of the modern constitutional state;
- the necessity of giving consideration to the protection of individual human rights in international law;
- the significance of international co-operation for the realisation of human rights and the safe-

guarding of peace;

- the extent of and the social, economic and political reasons for the violations of human rights observable throughout the world.

Exposure to the questions surrounding human rights is intended to awaken and strengthen the willingness of students to actively promote their realisation and resist their being disregarded and violated.

Education with respect to human rights is intended to equip the student with the ability to promote the realisation of human rights in his or her personal and political surroundings. He or she should be ready to use the question concerning the realisation of human rights as an important yardstick for assessing the political conditions both in their own country and in other countries. This includes being prepared to stand up for the rights of others.

3. Contribution of School Subjects

Human rights education is a common task of all subjects and all teachers.

The subjects of the social science sector should systematically contribute to this endeavour; this must be reflected in the curricula of these subjects.

4. Textbooks

Textbooks must take account of the content of this recommendation. The same applies to all other teaching and learning aids.

5. School life

Human rights education cannot be restricted to the imparting of knowledge. It must include the emotional and behavioural component. The student must live and practise the respect of others in his or her everyday life at school.

6. Initial and Continued Training of Teachers

The Ministers and Senators of Education and Cultural Affairs of the Länder will bring their influence to bear to ensure that this agreement is given due consideration in the context of the initial and continued training of teachers.

R E C O M M A N D A T I O N

DE LA CONFERENCE PERMANENTE DES MINISTRES DE L'EDUCATION ET DES AFFAIRES CULTURELLES EN VUE D'ENCOURAGER L'EDUCATION CONCERNANT LES DROITS DE L'HOMME

- Résolution de la Conférence permanente des Ministres de l'Education et des Affaires culturelles en date du 4 décembre 1980 dans la version du 14 décembre 2000 -

Herausgeber: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

Editor: Secretariat of the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the Länder in the Federal Republic of Germany

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

Edité par le Secrétariat de la Conférence permanente des Ministres de l'Éducation et des Affaires culturelles des Länder en République fédérale d'Allemagne

Lennéstraße 6, Postfach 2240, 53113 Bonn

1. La situation de départ

Les droits de l'homme sont l'une des conditions sine qua non d'une vie digne de l'homme. La liberté politique et la justice sociale ne sont pas réalisables dès lors que les droits fondamentaux découlant de la dignité humaine ne sont pas garantis. De même un ordre mondial fondé sur la liberté, l'égalité et la justice - ordre qui est le seul à pouvoir, durablement, assurer la coexistence pacifique des peuples - n'est pas possible sans que ces droits soient respectés.

Depuis la fin du XVIII^e siècle, les droits de l'homme ont été introduits de plus en plus dans les constitutions de nombreux Etats. Par delà ce cadre national, ils ont acquis une valeur croissante après la Seconde guerre mondiale, grâce à des conventions internationales. C'est ainsi que, pour la première fois dans la Déclaration universelle des droits de l'homme promulguée par les Nations Unies, la majorité des Etats ont adhéré publiquement à la validité des droits de l'homme et, en même temps, sont convenus des droits qui doivent être garantis. Avec les pactes internationaux soumis par les Nations Unies aux différents pays et ayant pour objet les droits économiques, sociaux et culturels ainsi que les droits civiques et politiques, sont en outre entrés en vigueur des traités qui engagent les Etats signataires en droit international.

Dans le cadre régional également, des efforts sont accomplis et des règlements contractuels sont conclus qui confèrent une plus grande validité aux droits de l'homme. A côté de la Convention américaine sur les droits de l'homme, la Convention européenne sur la protection des droits de l'homme et des libertés fondamentales garantit notamment aux citoyens des Etats signataires une sauvegarde substantielle des droits. En outre, les participants à la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe se sont également ralliés, dans l'Acte final, à la validité et au respect des droits de l'homme.

La situation des droits de l'homme reste, même au début du nouveau millénaire, contradictoire. S'ils sont reconnus verbalement dans le monde entier, leur reconnaissance est cependant démentie par une réalité qui est souvent caractérisée par le mépris et la violation de ces droits fondamentaux. La violation de ces droits, entre autres par des actes arbitraires de la puissance publique, constitue une expérience quotidienne dans un grand nombre de pays du monde. Le refus du droit à l'autodétermination politique, la persécution et l'oppression de dissidents ainsi que la discrimination de minorités en sont des manifestations, de même que l'affliction quotidienne due à la disette et à la misère dans beaucoup de pays.

Les conventions internationales ont engagé un développement où les droits de l'homme ne sont plus perçus exclusivement comme une affaire intérieure des Etats. Leur réalisation est reconnue comme une tâche impartie à l'ensemble de la communauté des Etats.

A cet égard, une obligation particulière incombe aux Etats qui, dans leurs traditions politiques, sont attachés à l'idée des droits de l'homme et considèrent l'individu comme étant au centre de la communauté humaine. Parmi eux se trouve aussi la République fédérale d'Allemagne qui se rallie, dans sa Loi fondamentale, à des droits de l'homme inviolables et inaliénables en tant que fondement de toute communauté humaine, de la paix et de la justice dans le monde.

Les droits de l'homme sont réalisés non seulement par l'action de l'Etat, mais avant tout par l'attitude et l'engagement de l'individu. L'école peut y apporter une contribution importante par une formation correspondante de la personnalité. L'éducation concernant les droits de l'homme est au centre de la mission d'éducation et d'enseignement de l'école ; elle est inscrite comme objectif primordial dans toutes les lois scolaires et constitutions des Länder. Elle concerne tous les champs où s'exerce l'action de l'école.

2. Buts et contenus de l'enseignement

Une étude du thème des droits de l'homme dans l'enseignement doit notamment dispenser des connaissances concernant les points suivants et permettre d'en saisir les aspects :

- le développement historique des droits de l'homme et leur importance actuelle ;
- l'importance des droits fondamentaux et des droits de l'homme, tant pour les droits de l'individu que pour les principes objectifs selon lesquels est organisée la communauté humaine ;
- les rapports existant entre les droits personnels à la liberté et les droits sociaux fondamentaux, dans la Loi fondamentale et dans des conventions internationales ;
- la conception et la garantie différentes des droits de l'homme dans des systèmes politiques et des cultures différents ;
- l'importance fondamentale des droits de l'homme pour la naissance de l'Etat constitutionnel

moderne ;

- la nécessité de tenir compte d'une protection individuelle des droits de l'homme dans le droit international ;
- l'importance de la coopération internationale pour la réalisation des droits de l'homme et la sauvegarde de la paix ;
- la dimension des violations des droits de l'homme enregistrées dans le monde entier, ainsi que les raisons sociales, économiques et politiques qui sont à l'origine de ces violations.

Le but que l'on se propose en se penchant sur les droits de l'homme est celui d'éveiller et de renforcer, chez l'élève, sa disposition à s'employer en faveur de leur réalisation et à s'opposer à leur mépris et à leur violation.

Une éducation en ce qui concerne les droits de l'homme doit rendre l'élève apte à soutenir leur réalisation dans le milieu intime et politique dans lequel il vit. Il doit être prêt à utiliser la question de la réalisation des droits de l'homme comme un critère important pour apprécier la situation politique aussi bien dans son propre pays que dans d'autres Etats. Cette disposition implique aussi celle à défendre les droits des autres.

3. Contribution des différentes disciplines

L'éducation concernant les droits de l'homme est une tâche impartie à l'ensemble des disciplines et des enseignants.

Surtout les disciplines des sciences sociales sont appelées à y apporter une contribution systématique particulière, qui doit se répercuter sur les programmes de ces disciplines.

4. Manuels scolaires

On s'attend à ce que les manuels scolaires tiennent compte du contenu de la présente recomman-

dation. Il en est de même en ce qui concerne les autres matériels d'enseignement.

5. Vie scolaire

L'éducation concernant les droits de l'homme ne peut pas se limiter à la transmission du savoir. Elle doit inclure l'élément des émotions et de l'action. Les élèves doivent vivre et pratiquer le respect de l'autre dans leurs fréquentations quotidiennes à l'école.

6. Formation et perfectionnement des enseignants

Les Ministres et Sénateurs de l'Education et des Affaires culturelles des Länder useront de leur influence afin qu'il soit aussi tenu compte, de façon appropriée, de la présente recommandation dans le cadre de la formation et du perfectionnement des enseignants.